

„Abzockerei“ verhindert

Von Bert-Christoph Gerhards, 11.11.11, 18:10h, aktualisiert 11.11.11, 18:11h

Im Bürger- und Umweltausschuss wurde der Kauf einer zweiten Radarkamera für die Stadt Leverkusen abgelehnt. Geschwindigkeitskontrollen seien nur ein Vorwand, um Bürgern Geld aus der Tasche zu ziehen, hieß es.

Der Bürger- und Umweltausschuss gab sich so recht bürgernah. Von „Abzockerei“ und „Beutelschneiderei“ war die Rede, als es um den Vorschlag der Stadtverwaltung ging, eine zweite, nunmehr digitale Radarkamera für die Verkehrsüberwachung anzuschaffen. 43 200 Euro würde der Apparat kosten, Mehreinnahmen für die Stadt seien mit jährlich 230 000 Euro zu veranschlagen, so hieß es in der schriftlichen Beschlussvorlage der Verwaltung.

Eben das empörte nicht allein CDU-Ratsherrn Bernhard Marewski, der von unverhohlener Geldgier der Verwaltung und eben Abzockerei sprach. Die Stadt wolle offenkundig in erster Linie den Bürgern das Geld aus der Tasche ziehen und die Geschwindigkeitskontrollen seien da nur ein Vorwand. Ein Vorwurf, der im Ausschuss breites Echo fand. Ingrid Samusch vom Fachbereich Straßenverkehr verstand wohl die Welt nicht mehr. Da hatte die Verwaltung, dem Auftrag des Rates und der Kommunalaufsicht folgend, alle Aufgaben auf mögliche Einsparungen oder Mehreinnahmen geprüft – und nun war es der Politik auch nicht recht. Dazu hatte sie die vielen Anrufe von Bürgern im Hinterkopf, die von der Stadt mehr Geschwindigkeitskontrollen in Wohngebieten, aber auch an Schulen fordern, was die Stadt mit ihrer bisher einen, dazu veralteten Kamera nicht mehr leisten kann. Sie erklärte im Ausschuss, dass ihr Amt nicht selbstherrlich oder gar willkürlich kontrolliere, sondern alle Messstellen in Absprache mit der Polizei festgelegt würden und sich an den Anforderungen der Verkehrssicherheit orientierten.

Zwar verteidigte Peter Ippolito (SPD) den Verwaltungsvorschlag, eine neue städtische Radarkamera bedeute mehr Einnahmen, mehr Sicherheit und bessere Technik. Und die erwischten Fahrer hätten ja auch immerhin eine Ordnungswidrigkeit begangen. Doch am Ende lehnte der Ausschuss die Neuanschaffung mit breiter Mehrheit ab – vorerst. Denn noch haben der Finanzausschuss und letztlich der Rat zu entscheiden. Bis sie tagen, wird die Verwaltung eine neue Beschlussvorlage formulieren und dabei wohl mehr Gewicht auf den Sicherheits- als auf den Einnahmenaspekt legen.

<http://www.leverkusener-anzeiger.ksta.de/jla/artikel.jsp?id=1320943738220>

Copyright 2011 Kölner Stadt-Anzeiger. Alle Rechte vorbehalten.